

Co.) des Stanley Ho, die 2001 ausläuft, soll nicht verlängert werden. Dies verlautete aus Regierungskreisen. Offiziell soll die Entscheidung aber erst nächstes Jahr publik gemacht werden. Die Glücksspiellizenzen sollen an mehrere konkurrierende Betreiber vergeben werden, wodurch sich die Regierung größere Einnahmen erhofft. Stanley Hos Kasinos werden jedoch ihre Lizenzen behalten. Die Regierung setzte eine fünfköpfige Kommission mit Edmund Ho an der Spitze zur Untersuchung der Entwicklung dieser Industrie ein und wird Berater aus den USA und aus Australien verpflichten, die ihr bei der Umstrukturierung helfen. Glücksspiel ist in Macau seit 1847 erlaubt, als die ersten Lizenzen an Spielhöhlen vergeben wurden. Die Portugiesen entschieden sich für diese Maßnahme, als die öffentlichen Einnahmen nach der Einnahme Hongkongs durch Großbritannien spärlicher wurden. Das Kasinomonopol besteht seit 63 Jahren; 1937 bekam es die Tai Heng Company.

Die Konzession war 1962 von einem Hongkonger Investoren-Konsortium (darunter der Hongkonger Milliardär Sir Henry Fok) unter Leitung von Stanley Ho Hung-sun bei einer öffentlichen Ausschreibung für 410.000 US\$ erworben worden. (FEER, 9.12.99, S.9) Der Glücksspielsektor trägt 40% zum Haushalt bei. An Monopolsteuer erhält die Regierung zur Zeit 31,8% der Gesamteinnahmen der STDM; 1999 nahm sie so 4,2 Mrd. MPtc (550 Mio. US\$) ein. STDM betreibt zehn Kasinos in Macau, aber auch Hotels und die Hochgeschwindigkeits-Fähren, während sich ihre Tochtergesellschaften um alle anderen Glücksspiel- und Wettgeschäfte kümmern. Ferner ist STDM am Bankwesen, an der Luftfahrt, dem Flug- und Seehafen, dem Fernsehen und der Elektrizitätsgesellschaft sowie an Immobiliengeschäften und Landgewinnungsprojekten beteiligt. Das Reinvermögen von STDM belief sich 1999 auf 22,9 Mrd. MPtc, der Reingewinn betrug 762 Mio (etwa 100 Mio. US\$). 10.000 Personen, 5% des Arbeitskräftepotenzials Macaus, sind bei STDM beschäftigt. (SCMP, 18.7.00; *The Wall Street Journal*, 19.7.00) -ljk-

Taiwan

39 Rücktritt des Vizepremiers nach tödlichem Kompetenzwarr bei Rettungsaktion

Ein dramatischer Überlebenskampf mit fatalem Ausgang erschütterte am 23./24. Juni die taiwanische Öffentlichkeit und löste die bisher gravierendste Regierungskrise seit Amtsantritt von Präsident Chen Shui-bian aus.

Im mitteltaiwanischen Kreis Chiayi (Jiayi) waren am Nachmittag des 23. Juni vier Bauarbeiter, drei Männer und eine Frau, mit Arbeiten in einem Flussbett beschäftigt, als das Gewässer plötzlich anschwell und die vier auf einer höher gelegenen Stelle direkt oberhalb eines Kataraktes einschloss. Inmitten der weiter steigenden Flut harrten sie drei Stunden lang vergebens auf Hilfe, ehe die tosenden Wasser sie unter den Augen von Verwandten und laufenden Fernsehkameras fortrissen. Alle vier ertranken.

Die im taiwanischen Fernsehen ausgestrahlten Bilder des gescheiterten Überlebenskampfes gewannen ihre politische Dimension auf Grund der Unfähigkeit staatlicher Stellen, die vier beizeiten zu bergen. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet zunächst die Feuerwehr, die, als sie um Hilfe angegangen wurde, die Luftwaffe bat, einen Hubschrauber zu schicken. Dies geschah gegen 17.55 Uhr. Der Luftwaffenstützpunkt Chiayi teilte der Feuerwehr jedoch nur mit, sie müsse die Bitte ablehnen, da sie nur für Einsätze oberhalb von 2.500 Metern Seehöhe zuständig sei; für geringere Höhen - wie im vorliegenden Fall - läge die Zuständigkeit bei der Polizei. An diese wandte sich die Feuerwehr um 18.20 Uhr. Deren nächste Hubschrauberstaffel befand sich jedoch nicht im Kreis Chiayi, sondern in Taichung, ca. 80 km entfernt. Dort begann man mit den Startvorbereitungen. Als die vier gegen 19.05 Uhr fortgespült wurden, war der Hubschrauber nach widersprechenden Meldungen gerade gestartet oder noch am Boden. (Verschiedene Medien machten hinsichtlich der zeitlichen Abfolge unterschiedliche Angaben, die jedoch am Kerngehalt des

Vorfalls und der daraus resultierenden Vorwürfe nichts ändern.)

Die Fernsehberichterstattung über die Tragödie löste eine landesweite Woge der Empörung aus. Ministerpräsident Tang Fei, der unmittelbar nach dem Vorfall eine strenge Bestrafung der Verantwortlichen und eine Verbesserung des Notfallsystems angekündigt hatte, bot schließlich seinen Rücktritt an. Dieser wurde jedoch von Präsident Chen, für den Tang Fei derzeit unverzichtbar ist, abgelehnt. Daraufhin übernahm Vizepremier Yu Shyi-kun (You Xikun), der im Kabinett für Notrettungseinsätze zuständig ist, die politische Verantwortung, obwohl er in diesem speziellen Fall nicht involviert gewesen war.

Am Tag nach der Katastrophe kam es zu einer Demonstration und zu Handgreiflichkeiten vor dem Luftwaffenstützpunkt von Chiayi, dessen Leiter unter Hinweis auf die Bestimmungen und die Befehlswege - Hilfseinsätze nur auf Befehl des Verteidigungsministeriums - jede Verantwortung von sich wies. Tang Fei erklärte später, der Polizeichef, zwei Generäle und elf andere Beamte hätten mit einer Rüge oder einer Degradierung zu rechnen. Der Leiter der nationalen Feuerwehrverwaltung sowie der Generaldirektor der nationalen Polizeibehörde traten von ihren Posten zurück.

Der Vorfall bestätigt Eindrücke, die auch schon das große Erdbeben vom September letzten Jahres hinterließ, dass nämlich Katastrophen- und Rettungspläne in Taiwan bislang nicht auf Effizienz hin optimiert wurden, sondern im Ernstfall unter Bürokratie und Kompetenzgerangel leiden - wenn es drauf ankommt, mit tödlichen Folgen. Die Feuerwehr klagte zudem über mangelnde Ausrüstung. So war es nicht möglich gewesen, ein Seil zu den Eingeschlossenen hinüberzuschleßen, um sie ans Ufer zu ziehen.

Gleichzeitig wirft die Tragödie ein Licht auf den auch in Taiwan zuweilen übermächtigen Einfluss der Medien. Nach der Fernsehberichterstattung konnte nur noch ein Opfer in höchster Position die Regierung retten. Die Opposition nutzte die Gunst der Stunde, moralisch aufzutrompfen. Der Sprecher der PFP, Sun Ta-chien (Sun Daqian), beispielsweise erklärte in einer Pressekonferenz: „Es gibt keinen Unterschied zwischen dieser inkompetenten Regierung und einem Mörder“. (Taipei Times, Internetausgabe, 24.,

26.7.00; interactive.wsj.com, 25.7.00; CP, 24. bis 28.7.00)

Als neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten berief Präsident Chen Shui-bian seinen Berater und Generalsekretär des Präsidentenbüros Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong). Mit seinen zwanzigjährigen politischen Erfahrungen als Parlamentarier soll er vor allem die sich schwierig gestaltende Koordination zwischen Minderheitsregierung und Parlament verbessern. (Taipei Times, Internetausgabe, 28.7.00; interactive.wsj.com, 28.7.00) -hws-

40 Frühere Geheimverhandlungen Taipei-Beijing enthüllt

Presseenthüllungen über frühere geheime Kontakte zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße haben neues Licht auf die Vorgeschichte des chinesisch-taiwanischen Dialogs geworfen, der offiziell 1993 in Singapur begann. Zwei der Hauptakteure haben den Zeitungsbericht bestätigt.

Demnach begannen die Gespräche zwischen beiden Seiten bereits 1988, kurze Zeit nach dem Tod des vormaligen taiwanischen Präsidenten Chiang Ching-kuo (Jiang Jinguo) und dem Amtsantritt seines Nachfolgers Lee Teng-hui (Li Denghui). Ziel der Kontakte war, Möglichkeiten einer Verständigung und Annäherung zu erkunden. Von taiwanischer Seite beteiligt waren vor allem Su Chih-cheng (Su Zhicheng), damals Leiter des Präsidentenbüros und enger Vertrauter Lee Teng-huis, sowie die jetzige Vorsitzende des Fernsehsenders CTV, Cheng Su-min (Zheng Shumin), damals Vorsitzende des Kulturrats. Die ursprüngliche Initiative ging demnach von Beijing aus, und zwar vom damaligen Staatspräsidenten Yang Shangkun. Über ein Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz, der Nichtkommunisten angehören, trat Beijing an den damals in Hongkong lebenden Buddhisten, Philosophen und Historiker Nan Huai-chin (Nan Huaijin) heran, der seinerseits Kontakt mit Lee Teng-hui aufnahm und zunächst als Mittelsmann fungierte, ehe ab 1990 beide Seiten eigene Emissäre zu direkten Gesprächen nach Hongkong schickten.

In Taiwan waren offenbar nur sehr wenige Personen eingeweiht. Der jetzige Präsident wurde über die Geheimkontakte bei seinem Amtsantritt nicht

informiert; auch existieren keine Unterlagen darüber, wie der Generalsekretär des Präsidentenamtes mitteilte. Su Chih-cheng bestätigte, die meisten Unterlagen seien kurz nach der Übergabe an Präsident Lee vernichtet worden.

Erstmals hatte ein Parlamentsmitglied bereits 1994 die Existenz solcher geheimer Kontakte behauptet; die Beteiligten hatten dies jedoch dementiert. Nach dem Machtwechsel besteht nun kein Grund mehr, die damaligen Kontakte zu leugnen. (CP, 20., 21.7.00; Taipei Times, Internetausgabe, 20., 21.7.00; CNAT, nach SWB, 21.7.00)

In Taiwan entbrannte sogleich ein Streit darüber, was von der Geheimdiplomatie zu halten sei; zudem wurde der Verdacht geäußert, dass auch die gegenwärtige Regierung geheime Kontakte zu Beijing unterhalte. Dies wurde von der Regierung dementiert. (SCMP, Internetausgabe, 21.7.00)

Tatsächlich hat der Gang der Geschichte Sinn und Zweck der Geheimverhandlungen bestätigt, da sie den regulären Dialog zwischen den Organen ARATS (Beijing) und SEF (Taipei) vorbereiteten und so eine Entspannungphase einleiteten. Dennoch hinterlassen die Enthüllungen unter denen, die später den offiziellen Dialog führten und organisierten, das beunruhigende Gefühl, in Wirklichkeit in der zweiten Reihe gestanden zu haben und in gewissem, nicht einzuschätzenden Maß hintergangen worden zu sein.

Erstaunlich ist immerhin, dass Lee Taiwans inoffizielle Schutzmacht, die USA, nicht informierte. Dort nahm man zwar offiziell keine Stellung zu den Enthüllungen, ein einstiger Sicherheitsberater von US-Präsident George Bush und andere frühere Amtsträger in Washington jedoch äußerten ihr Befremden darüber, dass die US-Regierung nicht wenigstens nachträglich informiert worden war. (CNAT, nach SWB, 24.7.00) -hws-

41 DPP-Parteitag: kein Verzicht auf Unabhängigkeitsklausel

Am 15./16. Juni hielt die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) ihren ersten Parteitag seit dem Wahlsieg ihres Präsidentschaftskandidaten Chen Shui-bian ab. Gemäß seinem Beschluss, sich aus aller Parteipolitik

herauszuhalten, nahm Chen lediglich als Ehrengast in seiner Eigenschaft als Präsident teil.

Spektakuläre Beschlüsse wurden nicht gefasst. Die Delegierten beschlossen jedoch Maßnahmen, die Parteimitgliedern die Kandidatur bei Wahlen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen erleichtern. Die bemerkenswerteste Nachricht war, dass ein Antrag, das Ziel eines unabhängigen Staates Taiwan aus dem Parteiprogramm zu streichen bzw. die geltende Bestimmung abzumildern, bereits zu Beginn des Parteitages zurückgezogen wurde. Beijing hatte eine entsprechende Revision der DPP-Ziele als Voraussetzung gefordert, ohne die Delegationen der DPP auf dem Festland nicht willkommen seien. Der Widerstand unter den Parteimitgliedern gegen eine Aufgabe dieses politischen Kernpunktes, an dem ein wesentlicher Teil der DPP-Identität hängt, wurde jedoch im Vorwege bereits als derart groß eingeschätzt, dass die Parteiführung im Interesse des Zusammenhalts der Partei schon der Debatte darüber lieber aus dem Wege ging. Damit setzten sich einstweilen diejenigen in der DPP durch, die einen Verzicht auf das Unabhängigkeitsziel von einer Gewaltverzichtserklärung Beijings abhängig machen. Das Mitglied des Partei-Zentralkomitees, das den zurückgezogenen Änderungsantrag formuliert hatte, erklärte, China habe nicht genügend Entgegenkommen gezeigt, um ein weiteres Zugeständnis zu rechtfertigen. Aus Beijing verlautete daraufhin, Präsident Chen sei ein Heuchler. (CP, 15., 17.7.00; interactive.wsj.com, 17., 20.7.00) -hws-

42 Taipei - Beijing: vorsichtige Signale der Annäherung - und neue Misshelligkeiten

Beide Seiten der Taiwanstraße sind sich seit Ende Juni verbal derart nahe gekommen, dass einer Wiederaufnahme des Dialogs eigentlich nichts mehr im Wege stehen sollte. Das beiderseitige Misstrauen sowie Ängste auf taiwanischer Seite stehen dem jedoch bislang entgegen. Hinzu kommt, dass auf beiden Seiten nicht mit einer Stimme geredet wird und es Präsident Chen nicht gelungen ist, einen chinapolitischen Konsens unter den Parteien zu schaffen.

Ende Juni hatte Chen Shui-bian internationales Aufsehen mit der Äußerung

CHINA aktuell

erregt, er akzeptiere das Ein-China-Prinzip, wie es 1992 verstanden worden sei, als sich beide Seiten auf die Eröffnung des offiziellen Dialogs einigten. Damals, so Chen, sei klar gewesen, dass sich jede Seite ihre eigene Interpretation des „einen China“ offen halte. Bislang - so in seiner Antrittsrede - hatte Chen von dem „einen China“ nur als etwas zukünftig Mögliches gesprochen. (IHT, 29.6.00)

Chens Konzession an eine von Beijing stets wiederholte Vorbedingung für weitere Gespräche rief in Taiwan sofort warnende Stimmen und vehemente Proteste von Anhängern und Mitgliedern seiner Partei DPP auf den Plan. (CP, 1.7.00) Die Hauptverantwortliche für die Formulierung der offiziellen Chinapolitik Taiwans, die Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen Tsai Ing-wen (Cai Yingwen), wiegelte ab: Chen habe mit seiner Äußerung keinesfalls gemeint, Taiwan akzeptiere jetzt Beijings Standpunkt. Nur Gespräche könnten klären, ob Beijings Ein-China-Doktrin für Taiwan akzeptabel sei. Ein Fraktionsmitglied der DPP erklärte, Chens Äußerung sei gefährlich, da das Ausland, das die VR China als einzig legitime chinesische Regierung anerkenne, das „eine China“ als die VR China verstehe und annehmen müsse, Taiwan nehme hin, ein Teil dieses China zu sein. (SCMP, Internetausgabe, 30.6.00) Chen selbst erklärte, die Presse habe seine Äußerung missverstanden bzw. überinterpretiert. Keineswegs habe sich seine Chinapolitik geändert. (FT, 1.7.00) Die VR-chinesische Nachrichtenagentur Xinhua äußerte, Taipei habe die taiwanische Bevölkerung enttäuscht mit der Weigerung die 1992 erzielte Einigung zu akzeptieren. (SCMP, 1.7.00) Tatsächlich erscheint es nicht vorstellbar, dass sich die taiwanische Seite 1992 die Deutung Beijings zu Eigen machte, wonach Taiwan ein Teil jenes China sei, das die Regierung in Beijing als einzig legitime vertritt.

Nachdem Politiker in Beijing bereits früher erklärt hatten, das „eine China“ sei nicht notwendigerweise identisch mit der VR China, berichtete auch eine Delegation der wiedervereinigungsorientierten New Party, die sich vom 9. bis 12. Juni in Beijing zu offiziellen Gesprächen aufhielt, dass sich Chinas Vizepremierminister Qian Qichen und andere hinsichtlich der Ein-China-Doktrin kompromissbereit geäußert hätten. (SCMP, 12.7.00) Gegenüber einer Gruppe taiwanischer Medienver-

treter äußerte Qian beispielsweise, das Ein-China-Prinzip verlange keine Entscheidung, ob „ich oder du“, die VR China oder die Republik China gemeint seien. Taiwans Premierminister Tang Fei würdigte daraufhin das Entgegenkommen, das Qian Qichen gezeigt habe. Auch vom Rat für Festlandsfragen kam Lob. (CP, 14.7.00; CNAT, nach SWB, 17.7.00) Chinas Unterhändler Wang Daohan und andere Politiker bestanden jedoch weiterhin darauf, dass die taiwanische Regierung zum Ein-China-Konsens von 1992 zurückzukehren habe, ohne freilich darzulegen, worin dieser Konsens eigentlich bestand. (CP, 14.7.00) Tatsächlich erscheint es schwer vorstellbar, dass die Regierung der VR China im „Binnenverhältnis“ mit Taiwan ihren Alleinvertretungsanspruch aufgeben, nach außen hin aber beibehalten könnte. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die Äußerungen aus Beijing, wonach das „eine China“ mit der VR China nicht identisch sein müsse, den taiwanischen Bedenken, von der Gegenseite vereinnahmt zu werden, den Boden entziehen würde, wenn diese Konzession ernst gemeint wäre. Dann allerdings müsste Beijing auch zugehen, dass der Konsens von 1992 das war, was Chen behauptet hatte: eine Übereinstimmung darin, das man hinsichtlich der Deutung des „einen China“ nicht übereinstimme. Laut Verfassung der „Republik China“, nämlich Taiwan, erstreckt sich diese auch auf das Festland, sodass Taiwan, solange es sich nicht zur unabhängigen „Republik Taiwan“ erklärt oder der VR China unterwirft, notwendigerweise ein anderes Ein-China-Verständnis haben muss als die Gegenseite.

Dass im wechselseitigen Verhältnis noch Skepsis und Misstrauen überwiegen, zeigte sich im Juli noch in anderer Hinsicht. So plante der Bürgermeister von Kaohsiung (Gaoxiang), Frank Hsieh (Feng Huxiang), einen Besuch bei seinem Amtskollegen im festländischen Xiamen, bevor mit seinem am 22. Juli erfolgten Amtsantritt als DPP-Vorsitzender neue politische Hürden für einen Besuch entstehen. Schon so musste Hsieh jedoch den Besuch absagen, da der Rat für Festlandsfragen (MAC) die nötige Genehmigung versagte und es „keinen Konsens“ über seine Reise gegeben habe. (CP, 4., 8.7.00)

Um das Gespräch zwischen den beiden inoffiziellen Partnerstädten an der Taiwan-Straße dennoch zu Stande zu

bringen, lud Hsieh nun den Bürgermeister von Xiamen ein, der diese Einladung auch annahm. Auch dieser Besuch scheiterte jedoch daran, dass sich die taiwanischen Behörden nicht in der Lage sahen, dem Eingeladenen eine Besuchsgenehmigung zu erteilen. (CP, 14., 15., 21.7.00)

Dass ausgerechnet Dialogversuche auf einer unteren Ebene scheitern, während Parlamentarier und andere taiwanische Delegationen den höchsten Beijinger Politikern die Hände schütteln, erstaunt nur auf den ersten Blick, denn Reisen von Parlamentariern, Geschäftsleuten etc. aufs Festland sind in Taiwan nicht genehmigungspflichtig. Nachdem im Juli außer der NP-Delegation auch eine größere Gruppe von KMT-Parlamentariern zu politischen Gesprächen nach Beijing fuhr und weitere ähnliche Reisen durchgeführt wurden bzw. angekündigt sind, macht sich im Präsidentenamts im Taipei Unmut über diese Formen „wilder“ Diplomatie breit. Mitte Juli wandten sich sowohl der Rat für Festlandsfragen als auch Präsident Chen öffentlich gegen das „Festlandfieber“ unter den Oppositionsfaktionen. Chen wählte dabei ungewöhnlich scharfe Worte. Die Parlamentarier machten in Beijing Kotau, hieß es, und ließen sich als Sprachrohr missbrauchen. (CP, 19.7. und 22.7.00)

Tatsächlich eröffnen die sich zahlreich auftuenden Nebenkanäle ebenso Chancen, wie sie für Taiwan Risiken bergen. In einer Phase, in der jeder offizielle Dialog zum Stillstand gekommen ist und sich die Beijinger Führung mit ihrer Ein-China-Doktrin selbst gefesselt hat, bieten die alternativen Kontakte eine Möglichkeit, neue Signale auszusenden. Umgekehrt ist es für Taiwan gefährlich, wenn die NP oder andere Vertreter von Minderheitsmeinungen in Beijing Illusionen wecken oder die offizielle Politik unterlaufen. Chen Shui-bian selbst jedoch war bisher nicht in der Lage, einen überparteilichen Konsens in der Chinapolitik zu Stande zu bringen. Einem neu eingerichteten Beratergremium, das einen solchen Konsens vorbereiten sollte, verweigerten KMT und NP die Mitarbeit, da sie darin eine schleichende Entmachtung existierender Institutionen, vor allem des Nationalen Vereinigungsrats, sahen. -hws-